

# Der Pflegenotstand muss ganzheitlich bekämpft werden

**PFLEGE AM LIMIT** Der Fachkräftemangel spitzt sich zu – Die Beschäftigten brauchen eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Die Probleme in der Pflege im Saarland sind vielfältig und drängend. Von der Politik ist jetzt schnelles Handeln gefordert. Unter anderem müssen die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte verbessert werden und der Beruf für junge Menschen attraktiv gemacht werden. Zudem braucht das Saarland schnellstmöglich einen aktualisierten Landespflegeplan.

Von Simone Hien

Die Pflege nannte die frisch gewählte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger neben Arbeitsplätzen, gerechteren Bildungschancen und dem Ausbau Erneuerbarer Energien als eines der wichtigsten Themen, die im Saarland anzugehen sind. „Zügig werden wir eine konzertierte Aktion Pflege auf Gleis setzen. Wir brauchen 4.000 zusätzliche Pflegekräfte und wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, damit nicht mehr so viele Pflegekräfte das Handtuch schmeißen“, sagte Rehlinger in ihrer Regierungserklärung.

Die Arbeitskammer begrüßt die Ankündigung, hofft aber zugleich, dass es nicht lediglich bei der Absichtserklärung bleibt. Denn angesichts der nicht erst seit der Co-

rona-Pandemie herausfordernden Lage der Pflege im Saarland ist entsprechendes Handeln der Politik längst überfällig. Die Baustellen sind so vielfältig wie das breit gefächerte Thema Pflege: Es geht unter anderem um die Situation der in der Pflege Beschäftigten in den Krankenhäusern, in Pflegeheimen und in ambulanten Pflegediensten, die unter dem Fachkräftemangel leiden, genauso wie um die Situation der pflegenden Angehörigen, die oftmals nicht wissen, wie sie Pflege und Beruf miteinander vereinbaren sollen. Die Landesregierung muss daher

## Gute Arbeit für gute Pflege

den Pflegenotstand schnellstmöglich angehen: Das bedeutet vor allem, sowohl für umfassende Strukturveränderungen, für Entlastung nicht nur der Pflegekräfte, sondern auch von pflegenden Angehörigen und zu Pflegenden, als auch für höhere Löhne und mehr Wertschätzung in der Pflege zu sorgen.

Die AK fordert bereits seit Jahren, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Doch statt Verbesserungen haben in der Pflege Beschäftigte Arbeitsver-

dichtung und Stellenabbau erleben müssen. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtert. Und der Fachkräftemangel wird sich weiter zuspitzen: Laut Barmer Pflegereport 2021 wird der Bedarf an Pflegekräften im Saarland in den nächsten Jahren größer ausfallen, als bisher angenommen. Bis 2030 wird der Mehrbedarf hierzulande bei rund 1.200 Pflegekräften liegen. Dies sind 400 mehr als in den bisherigen Berechnungen ermittelt. Diese Zahlen beziehen sich allein auf den Bereich des ambulanten Pflegedienstes und der stationären Langzeitpflege – für den Krankenhausbereich liegen für das Saarland keine entsprechenden Berechnungen vor. Es ist also höchste Zeit für die Politik, dagegenzusteuern, denn derzeit ist die Realität die, dass Pflegekräfte krank werden, in Teilzeit oder in Rente gehen oder gar ihren Beruf verlassen. Die im Juli 2021 veröffentlichte AK-Schlaglichtbefragung zeigt deutlich, dass sich die Pflegekräfte während der Corona-Krise von der Politik alleingelassen fühlten. In der Befragung sagen 81,7 Prozent der Befragten, dass ihre Belastungsgrenze erreicht sei. 78,1 Prozent gaben an, dass das „Rufen aus dem Frei“ zugenommen hat.

„Ich pflege wieder, wenn...“ – die bundesweit durchgeführte Pflegepotenzialstudie der Arbeitnehmerkammer Bremen, der AK und des Instituts Arbeit und Technik (IAT) Gelsenkirchen zeigt, dass eine Bereitschaft, in den Beruf zurückzukehren beziehungsweise in einer Teilzeittätigkeit Stunden aufzustocken von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen abhängig gemacht wird. Nur wenn Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen haben, können sie auch gute Pflege leisten – und nur diese haben pflegebedürftige Menschen verdient. Für die Befragten der Studie „Ich pflege wieder, wenn ...“ ist eine Rückkehr in den Beruf je-

Die AK-Schlaglichtbefragung zur Pflege ist online zu lesen unter [www.arbeitskammer.de/ak-schlaglichtbefragung-pflege](http://www.arbeitskammer.de/ak-schlaglichtbefragung-pflege), der Barmer Pflegereport 2021 unter [www.bifg.de/publikationen/reporte/pflegereport-2021](http://www.bifg.de/publikationen/reporte/pflegereport-2021).



Foto: Pasquale D'Angiolillo

Viele Pflegekräfte fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Sie werden häufig krank, gehen in Teilzeit oder früher in Rente.

denfalls nur eine Option, wenn die Perspektive auf ausreichend Zeit für eine gute Pflege geschaffen wird. Auch für die AK ist eine zeitnahe Einführung der bereits seit Januar 2020 vorliegenden Pflegepersonalregelung (PPR 2.0) durch den Bund dringend erforderlich. Diese ermöglicht eine angemessene Personalbemessung im Krankenhausbereich.

Neben einer bedarfsgerechten Personalbemessung in allen Bereichen der Pflege sind die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, eine leistungsgerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen – auch mit Blick auf den Arbeitsschutz – unabdingbare Voraussetzungen für die Verbesserung, die die Pflegekräfte brauchen.

Ebenso muss in den Bereichen Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung in der Pflege nachgeschärft werden, um den Beruf für jungen Menschen attraktiv zu gestalten und die Qualität zu sichern. Im Bereich der Ausbildung etwa fordert die AK, dass die Ausbildung vollständig in Teilzeit absolviert werden kann. Bezüglich der Fort- und Weiterbildungsangebote für den Gesundheits- und Pflegebereich brauchen wir hierzulande eine zentrale Erhebung des entsprechenden Bedarfs. Vor allem aber müssen die Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, Beschäftigte für Fort- und Weiterbildungen freizustellen.

Eine weitere Forderung der Arbeitskammer ist schon seit 2019 die dringende Aktualisierung des Landespflegeplans und dessen Erweiterung um den ambulanten Bereich. Die Länder sind per Gesetz für eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und wirtschaftliche pflegerische Versorgungsstruktur verantwortlich. Der Landespflegeplan dient der Bestandsaufnahme und ist ein wesentliches Planungsinstrument. Ob der derzeitige, nur bis 2017 reichende, die Situation der Pflege im Saarland adäquat abbildet ist mehr als fraglich.

Entlastung für die Pflegebedürftigen kann aus Sicht der AK mit der Einführung einer Pflegevollversicherung geschaffen werden. Zwar werden besonders langjährige Bewohner eines Pflegeheims beim Eigenanteil für die Pflege ab diesem Jahr finanziell



entlastet werden: Wer länger als drei Jahre im Pflegeheim lebt, bekommt einen Zuschlag von 70 Prozent auf den zu zahlenden Eigenanteil von durchschnittlich 2.517 Euro im Saarland. Eine Pflegevollversicherung müsste außer den Kosten für Unterkunft und Verpflegung (das sind derzeit 940 Euro pro Monat), alle Leistungen übernehmen, die pflegerisch notwendig, wirtschaftlich und zweckmäßig sind.

### Massiver Investitionsstau bei den Krankenhäusern

Nicht zuletzt offenbart auch der immense Investitionsstau, durch den die saarländischen Krankenhäuser belastet sind, dringenden Handlungsbedarf der Politik: Bis 2039 will das Land mit rund 840 Millionen Euro Investitionsförderung die Krankenhausstrukturen zukunftsfest machen. Das heißt: Pro Jahr werden 46 Millionen Euro

investiert. Bei einem schon bestehenden Investitionsstau von 440 Millionen Euro und einem schon 2018 von der Saarländischen Krankenhausgesellschaft erhobenen Bedarf von 80 Millionen Euro pro Jahr ist absehbar, dass die angekündigten 46 Millionen pro Jahr weiterhin eine Unterfinanzierung darstellen.

All das zeigt: Ein wesentlicher Schritt zur Bearbeitung des Pflegegenotstands ist zwar die schnellstmögliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Denn nur so können die dringend notwendigen Fachkräfte gewonnen werden. Das allerdings ist bei Weitem nicht die einzige Stellschraube, an der gedreht werden muss: Die Politik ist zudem gefordert, im gesamten Pflege- und Gesundheitsbereich Handlungsbedarfe für das Saarland zu ermitteln und die Probleme in der Pflege schnellstmöglich anzugehen. Bei einzelnen Maßnahmen darf es nicht bleiben.

In allen Bereichen der Pflege herrscht Personalmangel. Mit der Einführung der Pflegepersonalregelung (PPR 2.0) könnte eine angemessene Personalabmessung im Krankenhausbereich ermöglicht werden.

## AK-STANDPUNKTE ZUM TITELTHEMA

### Im Bereich der Pflege sind viele Maßnahmen nötig

- ▶ Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu sind unter anderem eine bedarfsgerechte Personalausstattung, bessere Bezahlung sowie eine wertschätzende Führungskultur nötig.
- ▶ Die konkrete Arbeitssituation in allen Bereichen der Pflege muss am Leitbild „Gute Arbeit“ ausgerichtet werden.
- ▶ Das Land braucht eine bedarfs- und qualitätsangepasste Analyse von Fort- und Weiterbildungsangeboten.
- ▶ Der Landespflegeplan bedarf dringend einer Aktualisierung und Erweiterung um den ambulanten Bereich.
- ▶ Zur Finanzierung der Versorgung der Pflegebedürftigen muss eine Pflegevollversicherung für Pflegeleistungen eingeführt werden.